

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden,
Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur:
Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreise: Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1,00 M., 3 Monate 3,00 M., 6 Monate 5,50 M., 1 Jahr 10,00 M. (Postzusatz 0,50 M.). Einzelnummer 70 Pf., Einzelnummer 1000, — M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die gewöhnliche Reklameweile 1000, — M., auswärts 1200, — M., die Spezialreklameweile 7000, — M., auswärts 8000, — M., Ausland 8000 u. 20000 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 500 M.

Nr. 160

Dresden, Donnerstag den 12. Juli 1923

34. Jahrg.

Unter der Herrschaft der Banken

Von der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals über Deutschland wird die deutsche sozialistische Parteipresse durch folgenden Aufsatz eines Wiener Mitarbeiters unterrichtet:

Auf dem Kongress der österreichischen Gewerkschaften, der in diesen Tagen seine Beratungen abschließt, gab Karl Renner eine scharfe Analyse der sogenannten Sanierung in Oesterreich: „Der Grundgedanke des Seipel'schen Sanierungsplanes ist, nicht die Produktion und den Konsum, sondern die Zirkulation und das Mittel der Zirkulation, die Krone, in den Vordergrund zu stellen. . . . Daß das Kunststück der Stabilisierung der Währung technisch durchführbar ist, wußten wir längst. Man braucht nur die Zirkulation zu droffeln. Man kann aber die Zirkulation nur dann droffeln, wenn man zugleich die Produktion droffelt und den Konsum einschränkt. Das Zirkulationsmittel wird auf Kosten der Produktion und des Konsums stabil erhalten. . . . Es ist aber klar, daß man eine Volkswirtschaft nicht retten kann, indem man allein das Geldwesen ordnet und die Volkswirtschaft im übrigen stilllegt oder zugrunde gehen läßt. Doch in diesem Irrtum steckt bewußte Klassenpolitik. In wessen Dienst vollzieht sich nun die Sanierung? Sie wird vollzogen nicht nur gegen das Proletariat, sondern auch gegen das Industriekapital und den Grundbesitz, sie wird vollzogen ausschließlich im Interesse des Finanzkapitals und des Bankwesens. Während mancher Industrielle wegen der hohen Zinsen nicht ein und aus weiß, der Bauer anfängt, kritisch zu werden, ist nur eines sicher: der ständige Gewinn des Bankgewerbes, die ständige Vermehrung der Banken und ein unerhörter Bankzinsfuß. . . . So Seipel diese Wirkungen erwünscht sind, weiß ich nicht. Er kann nicht anders. Er hat die Sanierung Oesterreichs in die Hand des Pöbels gegeben, das heißt der Banken gelegt, die hinter dem Völkerverband stehen. So kommt unsere ganze Volkswirtschaft unter die Führung des fremden Weltkapitals. Diese Entwicklung vollzieht sich mit absoluter Notwendigkeit. Unter österreichischer Bürgerlichkeit, das bei dieser Sanierung so begehrt mitläuft, weiß nicht, daß es seine eigene Zukunft preisgibt. Ein paar Jahre Mitverwaltung, und dann wird man die österreichische Bourgeoisie oberlegen. Sie kauft sich durch diese Sanierung ihr eigenes Grab, aber sie singt die frommen Lieder des Herrn Seipel das.“

So droht die Sintflut der Sanierung alles zu verfluten; und siehe, nur das Bankkapital wird gerettet.

Die Illustrationsfakten zu diesem Triumph des Finanzkapitals, das heute in ungehörter Weise die Entwicklung der Vorkriegszeit im Rückblick auf die Nationalökonomie erfüllt, die Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft durchgeführt hat, treten in Oesterreich, der internationalen Finanzkolonie, deutlicher als irgendwo zutage. Da gibt es ein Gesetz, das den Staat verpflichtet, den Schuldnern von Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit Zuschüsse zum Ausgleich der Valutadifferenz zu leisten: nicht weniger als 800 Millionen, öftmal so viel als für die Kriegsbekämpfungsurterstützung, weit mehr als für die Kriegsbeschädigtenfürsorge gibt so der Staat jährlich für diese Art „Kriegssapient“ — die Großbanken — aus! Da gibt es ein anderes Gesetz, das den Bankensystemen befreit; aber seit Jahr und Tag ist es öffentlich bekannt und zugegeben, daß die Banken dieses Gesetz in der hinterhältigsten Weise umgehen; die Regierung, von den Sozialdemokraten wiederholt auf diese Durchstechereien aufmerksam gemacht und zur Anwendung des Gesetzes aufgefordert — es handelt sich um die Besteuerung der sogenannten Tagelöhner, das sind kurzfristige Darlehen einer Bank an die andere — mag nichts gegen die Hinterziehung und macht so im Zeichen der Ersparrnis und des Abbaus den armen Banken Milliardenverluste. Wer erinnert sich nicht des Gesetzes der bürgerlichen Presse, als im vorigen Jahre die ersten Sanierungspläne aufstauten und die Banken sich zu dem patriotischen „Opfer“ bereit erklärten, gegen gute Verzinsung das Kapital einer Notbank zusammenzustellen. Diese Notbank sollte unter Aufsicht des Staates gestellt sein, dafür sollte der Staat die Dividende der Aktionäre garantieren. Inzwischen ist die österreichische Notbank ein ausländisches Institut des internationalen Finanzkapitals geworden, in dem ein ausländischer „Berater“ distilliert, auf daß der österreichische Staat nicht den geringsten Einfluß übt; aber eben ist dem Nationalrat ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Staatsgarantie für den Profit der Notbank faktisch einführt, was die Banken im vorigen Jahre, gewissermaßen als Vorläufer der Kolonisation, sind zwei der größten österreichischen Bankinstitute in fremde Hände übergegangen: die Länderbank wurde französisiert, die Anglobank anglikanisiert. Die Gesetze, die dazu notwendig waren, hat die bürgerliche Mehrheit, Christlichsozialisten und Deutschnationalen, ohne Wimperzucken abgelehnt. Wie verzerrt ist es nun, heute zu hören, wie die unter Mitwirkung der Deutschnationalen umgewandelte Länderbank erklärt, sie wolle „in Zentraleuropa ein nützliches Werk des französischen Einflusses bilden“. Und wie verständnisvoll nicht man, wenn man erfährt, daß die Umwandlung der einen Bank vor allem dazu gedient hat, ihren Reingewinn der Besteuerung zu hinterziehen, während die der anderen just dazu gut war, ihre Steuerlast gegen die Republik mit einer alten Forderung gegen — das I. u. I. Heror „anzurechnen“! Dabei ist das, was von den Profiteuren der Banken und den Gefährten der Regierung in die Öffentlichkeit dringt, doch nur der kleinste

Teil der großen Skandale und ein noch viel kleinerer Teil des großen volkswirtschaftlichen Prozesses, der sich in aller Heimlichkeit, aber mit ungeheurer Geschwindigkeit abspielt: die vollständige Aufkaufung und Beherrschung der Industrie durch die Banken, die vollständige Unterwerfung der Produktion unter das Finanzkapital, das zu grauenhafter Größe angewachsen, wie ein Polyp mit tausendfüßigen Armen die ganze Völkerverzehrung, die gesamte Volkswirtschaft, das ganze Leben umfaßt und verflutet. Straßt doch diese unheimliche, weil unsichtbare Macht heute bereits auf alle Gebiete des Lebens, vor allem auch des geistigen Lebens aus und diese Macht ist dort am gefährlichsten, wo sie nicht erkannt wird: in der kapitalistischen Presse. So bildet auch der für Oesterreich charakteristische Kampf, den in den letzten Monaten die sozialdemokratische Publizistik gegen die Umgehung des neuen Brechgesetzes, für die Beseitigung der schandbaren verkappten Inzerate im redaktionellen Teil der bürgerlichen Zeitungen führt, einen Teil der Abwehr der allumfassenden Korruption, die den Triumph des Finanzkapitals begleitet.

Zur gleichen Zeit also, da in Deutschland Schwereindustrie und Banken aus dem Zusammenbruch der deutschen Währung und Wirtschaft, den sie mitverschuldet haben, ihre schamlosen Gewinne rufen, zur gleichen Zeit hat in Oesterreich das Kapital aus Zusammenbruch und Sanierung seinen Profit gemacht. Neben dieser beherrschenden Tatsache des österreichischen Daseins, die sich in Bankausweilen, Fusionsgeschäften, Aktienübergängen, Kapitalvermehrungen und von der Öffentlichkeit beachteten Transaktionen vollzieht, gegen diesen Hintergrund von Bankenherrschaft, Steuerwindel und Regierungskorruption sind die Vorgänge des politischen Vorbergrundes eigentlich unbedeutend. Die österreichische Politik ist ein merkwürdiges Gemisch geworden: von laut agierendem, regierendem Ouzern und Kleinbürgertum und von schweigend dirigierendem, distanzierendem Finanzkapital.

Die kommenden Wahlen stellen so der österreichischen Sozialdemokratie die ungeheure schwierige Aufgabe, hinter der Demokratie des scheinbaren Gegners die gefährlichere Macht des unsichtbaren zu zeigen. Aber eben darum ist auf der andern Seite die Wahlstimme des österreichischen Bürgerturns im Grunde nichts als ein tragischer Irrtum. Die Wiederaufrichtung der bürgerlichen Ordnung, als die dem bürgerlichen Bewußtsein und Unterbewußtsein die Seipel'sche Sanierung erscheint, läßt

den Kleinbürger wieder hoffen. Die Krone ist stabil, man kann wieder sparen, wieder besitzen! Er hofft untonst. Er wird schließlich nur sparen, um der Bank zu zinsen, nur besitzen, um von ihr beherrscht zu werden. Nicht das österreichische Bürgerturn hat eine Zukunft, nur das internationale Finanzkapital.

Wieder eine Brotpreiserhöhung

Die Markverschlechterung und die bevorstehende Einführung der freien Brotgetreidewirtschaft wirken sich jetzt bereits in verärgerten Anzeichen des amtlichen Preises für Markbrot aus. Die Reichsregierung hat mitgeteilt, daß der Abgabepreis der Reichsbrotbäckerei, der für das an die Kommunalverbände zur Markbrotversorgung gelieferte Getreide von 800 000 auf 2,4 Millionen Mark die Tonne: im 23. Juli an erhöht werden wird. Diese Erhöhung ist an sich nicht verwunderlich, nachdem die Entwertung der Mark in dem bekannten rapiden Tempo fortgeschritten ist. Der jetzt noch gültige Preis für eine Tonne Getreide, das die Reichsbrotbäckerei zur Herstellung von Markbrot abgibt, ist vom freien Markt bereits derart überholt, daß sich die Spanne nicht aufrechterhalten läßt. Das wäre schon unter einer Zwangswirtschaft nicht oder doch nur vorübergehend möglich gewesen, es ist ganz und gar unmöglich geworden, nachdem die nächsten Monate den gänzlichen Abbau der Getreidezwangswirtschaft bringen und die Aussicht immer näher rückt, daß für den Brotpreis im allgemeinen der freie Marktpreis für Getreide maßgebend wird. Dieser beträgt jetzt an der Berliner Börse für Roggen rund 530 000 M. pro Zentner, daraus ergibt sich ein Preis von 10 600 000 M. pro Tonne. Vergleiche man diesen freien Marktpreis mit dem jetzigen Preis, den die Kommunen bisher für Umlagegetreide zahlen und den sie ab 23. Juli zahlen werden, so ergibt sich, daß in der Tat die Verhältnisse infolge des Sturzes der Mark eine Getreide- und Brotpreiserhöhung für Markbrot notwendig gemacht haben. Allerdings ist mit einer reichlichen Verdoppelung des Markbrotpreises zu rechnen. Die Verbraucher werden befreit sein müssen, diese neue gewaltige Belastung durch eine Erhöhung ihrer Beiträge, insbesondere des Arbeitslohnes, auszugleichen. Gerade jetzt, wo die Folgen der verheerenden Währungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung Cuno in einer für die breiten Massen so gefährlichen Weise in Erscheinung treten, hat die Reichsregierung die Pflicht, auch das übrige zu tun, um die Einführung wertbeständiger Löhne auf einer gesunden Grundlage zu fördern.

Ende des Berliner Metallarbeiterkampfes

Ueber die Abstimmung wegen Beendigung oder Fortführung des Berliner Metallarbeiterstreiks liegt bisher ein zahlenmäßig genaues Resultat nicht vor. Nach einer Meldung des Metallarbeiterverbandes hat die Mehrheit die erforderliche Mehrheit zur Fortführung des Streiks nicht ergeben. Infolgedessen hat das Metallkartell beschlossen, die Arbeit in den Betrieben am Freitag wieder aufzunehmen.

Die Funktionärversammlung, in der sich der Vorstandsmitglied Genosse Robert Dismann für die Annahme des Vergleichs eingesetzt hatte, hatte das Angebot wegen des zu geringen Stundenlohnes abgelehnt und deshalb die endgültige Entscheidung in die Hände der Mitglieder gelegt. Erfolgreicherweise haben sich diese nunmehr für die Annahme entschieden. Das ist durchaus richtig. Denn wenn auch ein Stundenlohn von 12 500 M. für die zweite Juliwoche, festgelegt auf der Grundlage eines lokalen Preisindex, ganz sicherlich überholt ist, so liegt doch die Bedeutung des Abkommens vor allem darin, daß künftig die Lohnregulierung auf wertbeständiger Grundlage erfolgt. Es ist die positive Seite des Abkommens, daß hier im gewerkschaftlichen Kampfe zum ersten Male das Prinzip der wertbeständigen Löhne erzwungen worden ist. Nunmehr wird es die Aufgabe der Verbandsleitung sein, die Grundlage für die nunmehr durchgesetzte wertbeständige Regelung günstiger zu gestalten, einen höheren Reallohn durchzusetzen, als er sich in den 12 500 M. Stundenlohn ausdrückt.

Auf einen Stich fällt keine Eiche, der erste Vorstoß wird in den allerwenigsten Fällen zu einem umfassenden Erfolge führen, zumal, wenn man Kampf gegen einen Gegner hat, dem, wie den Berliner Metallindustriellen, gewaltige Mittel zur Verfügung stehen. Ein Anfang zur Annullierung der Einflüsse an die Entwicklung der Preise ist gemacht. Und daß sich bereits heute auch andere Gewerkschaften dem Vorgehen der Berliner Metallarbeiter anschließen und bei ihren Lohnverhandlungen ebenfalls die Wertbeständigkeitsklausel durchsetzen, das zeigt bereits die Bedeutung des Erfolges, den die Berliner Metallarbeiter errungen haben.

Auch die Bergarbeiter fordern Wertbeständigkeit

Berlin, 12. Juli. (Eigene Meldung.) Im kommenden Montag beginnen im Reichsarbeitministerium die Verhandlungen zur Schaffung wertbeständiger Löhne im Bergbau. Die augenblicklich stattfindenden Verhandlungen werden noch im Laufe dieser Woche abgeschlossen. Man wird sich bei den Verhandlungen um die Bergarbeiterlöhne im wesentlichen auf die Wert-

beständigkeitsforderungen der Berliner Metallarbeiter stützen.

Wertbeständigkeit auf der Roggengrundlage

Berlin, 12. Juli. Zwischen dem Verband der Gemeindefunktionäre und Staatsarbeiter und der Berliner Stadtbücker, G. m. b. H., ist mit Bezug auf die Entlohnung der Metallarbeiter vereinbart worden, daß vom 2. Juli an wertbeständige Löhne auf der Roggengrundlage eingeführt werden. Als Stundenlohn wird für jede Kategorie der Arbeiter eine bestimmte Roggenmenge festgesetzt, die nicht in natura, sondern in barer Entlohnung zur Auszahlung gelangt. Der Wert des Roggens wird bestimmt nach dem wöchentlichen Durchschnitt der täglichen Vorkaufspreise.

Der erste Gehaltsstark auf wertbeständiger Grundlage

Angelehnt an den schleppenden Gang, den die Verhandlungen über wertbeständige Löhne bisher in der Zentralarbeitsgemeinschaft genommen haben, und angelehnt an die Tatsache, daß die Reichsregierung völlig passiv bleibt, hat der Zentralverband der Arbeiter, wie wir bereits gestern kurz mitteilen, nunmehr die Tarifverhandlungen im Berliner Einzelhandel beauftragt, um das neue Lohnsystem praktisch zu verwirklichen. Nach dem vorliegenden für den Monat Juli durch den besagten Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, der Gewerkschaftsbeamten Tullis, getroffenen Abklärung wird das Arbeitseinkommen in ein festes Grundgehalt und einen beweglichen Zuschlag eingeteilt. Da das Abkommen erst nach Ablauf der ersten Juliwoche getroffen werden konnte, wurde die in dieser Woche eingetretene Geldentwertung bereits bei der Festlegung des Grundgehaltes berücksichtigt. Das Grundgehalt ist sich aufsummiert aus dem Grundgehalt (1923) plus 33,3 Prozent Verbesserung des Reallohns und auf diese Summe noch 50 Prozent Entwertungsfaktor für die erste Juliwoche. Das so ermittelte Grundgehalt wird zu zwei Rufen ab 16. Juli ausbezahlt, zusätzlich eines Entwertungsfaktors für die zweite Juliwoche in Höhe von 23 Prozent. Der Rest von drei Rufen des Juliabhaltes gelangt am 30. Juli zur Auszahlung zusätzlich des Zuschlages, der sich aus dem Verhältnis des Geldwertes der dritten und vierten Woche zur zweiten Juliwoche ergibt. Da der verbesserte amtliche Lebenshaltungskoeffizient bei den Verhandlungen noch nicht vorhanden war, so sind für den Übergang im Juli zwar diesmal noch Dollar und Reichsmark als Maßstabskriterien zur Anwendung gekommen, doch wurde vereinbart, daß für August der künstlich angewendete Index neu festgesetzt wird. Zu diesem Zweck ist ein Abkommen getroffen worden, wonach Arbeiter und Arbeitnehmer eine paritätische Kommission aus je sechs Personen bilden. Sie hat die Aufgabe, ein Anberverfahren aus den Kleinhandelspreisen vorzubereiten, falls bis dahin ein brauchbarer amtlicher Lebenshaltungskoeffizient noch nicht zur Verfügung stehen sollte.

Seite 8
Freiheit
ruft die
ihre ständ
d Waffens
und die
nationalen
e Achtung
Walball
den voran
g beabseh
erische W
Die W
Weise ge
der Deut
die Sport
wertreter
rucht die
ge, sofort
hofft durch
die unges
den Ver
erbet, sich
achtet die
Arbeits
der Deut
Besuch de
Cuno und
stellt we
erlicher m
Arbeits
nd Sport
Für die
in Sport
sternparade